

Gut miteinander wohnen!

Was können Wohnungsunternehmen,
Kommunen und freie Träger dafür tun?

Integrationskonferenz

Berlin, 9. November 2007

GESOBAU 
Ihre Wohnfühl-Experten

schader stiftung

gesellschaftswissenschaften < > praxis



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3	
 <i>Vorträge</i>		
Begrüßung		
Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG		
Prof. Barbara John.....	4	
 Grußwort: Nationaler Integrationsplan – Anforderungen an die Stadtentwicklungspolitik		
Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär im		
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.....		4
 Stadträumlich orientierte Integrationspolitik		
RA Christoph Kulenkampff, Staatssekretär a.D., Frankfurt am Main.....	6	
 Wie wollen wir miteinander wohnen?		
Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG.....	7	
 Anleitung zum unglücklichen Wohnen (und wie es zu vermeiden ist)		
Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität Berlin.....	8	
 <i>Markt der Ideen</i>	8	
 Unternehmerische Strategien im Umgang mit sozialer Segregation		
Prof. Thomas Dilger, Vorstandsmitglied Nassauische Heimstätte		
Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main.....	17	
 Wachsende Milieuviefalt – Anforderungen an die Erst- und Bestandsmieter		
Michael Sachs, Vorstandsmitglied der SAGA/GWG Hamburg.....	18	
 Community Organizing: Integration als Empowerment		
Prof. Dr. Leo Penta, Deutsches Institut für Community Organizing der		
Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.....	20	

Leben als Deutsche in den USA
Ursula Soyez, German Marshall Fund of the United States, Berlin.....21

Podiumsdiskussion

Gut miteinander wohnen – die wesentlichen Faktoren aus Sicht der
Wohnungswirtschaft und Kommunalpolitik.....21

Kurzbiographien

der Referenten und Teilnehmer der Podiumsdiskussion.....25

Veranstaltungsprogramm.....27

Vorwort

Die von der Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU AG und der Schader-Stiftung gemeinsam veranstaltete Integrationskonferenz „Gut miteinander wohnen!“ hat am 09. November 2007 in Berlin die Frage erörtert, was Wohnungsunternehmen, Kommunen und freie Träger zu einem nachbarschaftlichen Zusammenleben in den Wohnquartieren beitragen können.

Wohnquartiere sind Integrationskerne, da hier die alltägliche Begegnung zwischen Einheimischen und Migranten stattfindet. Gleichzeitig können Wohnquartiere durch wachsende Milieuviefalt und unterschiedliche Lebensstile soziale Konflikte hervorrufen, die die Beziehungen der Bewohner oft über lange Zeiträume prägen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie ein nachhaltiges Miteinander aller Bewohner, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft aus integrationspolitischer Perspektive gestaltet werden kann.

Die mehr als 200 Teilnehmer der Integrationskonferenz, überwiegend Praktiker aus Wohnungswirtschaft, Politik und Kommunalverwaltung sowie Vertreter von sozialen Projekten und Initiativen, tauschten hierzu Ideen, Konzepte und Praxis-Erfahrungen aus und thematisierten die Bedingungen, unter denen gute Nachbarschaften entstehen können. Vor allem angesichts der Arbeitsmarktsituation sowie der Sprach- und Bildungsdefizite der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gilt es, Wege zu finden, den alltäglichen Integrationshemmnissen im Wohnquartier zu begegnen. Wie angemessene Reaktionen und geeignete Maßnahmen aussehen können und wie sich die beteiligten Akteure – Wohnungsunternehmen, Kommunen, soziale Institutionen sowie die Anwohner – für eine gelungene Integration vor Ort einbringen können, waren die Leitfragen der Konferenz.

Mit dieser Dokumentation möchten wir Ihnen die Ergebnisse der Vorträge und Diskussionen vorstellen und dazu anregen, die notwendige Debatte über das nachbarschaftliche Zusammenleben in den Wohnquartieren, den Umgang mit sozialer und kultureller Differenz und praktische Lösungsansätze zur Vermeidung von Konflikten fortzuführen.

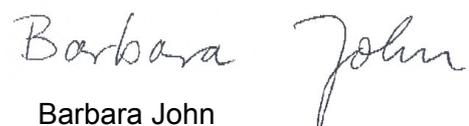
Die GESOBAU AG hat sich mit dem Integrationsprojekt „Gut miteinander wohnen“ zur Aufgabe gemacht, das nachbarschaftliche Zusammenleben im Märkischen Viertel im Interesse der Bewohner mit vielfältigen Projekten zu unterstützen.



Sabine Süß
Gf. Vorstand
Schader-Stiftung



Jörg Franzen
Vorstand
GESOBAU AG



Barbara John
Integrationsbeauftragte
GESOBAU AG

Vorträge

Begrüßung durch Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG
und Prof. Barbara John, Integrationsbeauftragte der GESOBAU AG



Herr Franzen begrüßt die anwesenden Redner und Tagungsteilnehmer und erläutert die wachsende Bedeutung einer Integrationskonferenz der Wohnungswirtschaft. Die Wohnungsunternehmen in Deutschland verwalten einen Bestand von 6,2 Mio. Wohnungen und bieten 13 Mio. Menschen ein Zuhause. Aus der engen Verknüpfung von Wohnen und Integration ergebe sich die Notwendigkeit, dass sich Wohnungsunternehmen verstärkt mit dem Thema Integration auseinander setzen müssen.



Zudem weist Herr Franzen darauf hin, dass die Integrationskonferenz mit mehr als 200 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet und dem deutschsprachigen Ausland, ausgebucht sei. Das Interesse signalisiere, dass die GESOBAU AG das richtige Thema aufgegriffen habe. Frau Prof. John begrüßt die Anwesenden und übernimmt die Moderation der Integrationskonferenz. Sie übergibt das Wort dem ersten Referenten.

Grußwort: Nationaler Integrationsplan – Anforderungen an die Stadtentwicklungspolitik

Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes -
ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Staatssekretär Großmann stellt einleitend die Rahmenbedingungen des Nationalen Integrationsplans 2007 vor und erläutert die Ergebnisse des Mikrozensus 2005, in dem zum ersten Mal der Migrationshintergrund der Bevölkerung systematisch erfasst wurde. Zuwanderung in Deutschland hat seit den 1960er Jahren einen großen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung und den demografischen Wandel. Dies werde auch in Zukunft so sein. Herr Großmann betont, wie wichtig es sei, dass die Integration zur Chefsache gemacht und damit der Thematik angemessene Bedeutung gegeben werde.

Dass Integration ein sozialräumliches Thema ist, sei in den letzten Jahren deutlich geworden: Migranten sind in der Bundesrepublik unterschiedlich verteilt, leben vorrangig in den alten Bundesländern und konzentrieren sich auf Ballungsräume. In den Großstädten leben sie mehrheitlich in innerstädtischen Quartieren. Da der Arbeitsmarkt als Integrationsfaktor zunehmend an Bedeutung verliere, komme dem Wohnumfeld eine immer größere Rolle zu.

Staatssekretär Großmann macht deutlich, dass sich die Herangehensweise an die Integrationsaufgaben verändert habe: Während das Thema noch vor einigen Jahren primär ein Schwerpunkt einzelner Fachbereiche gewesen ist, wird inzwischen die Notwendigkeit erkannt, fachübergreifend zu handeln.

Ein hoher Ausländeranteil im Wohnquartier sei nicht allein der entscheidende Problemfaktor. Vielmehr bestehen in der hohen Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, niedrigen Bildungsabschlüssen und fehlenden beruflichen Qualifikationen vor allem bei Jugendlichen sowie Konflikten im sozialen Zusammenleben weitere Risiken der räumlichen und sozialen Ausgrenzung.

Folgende Aspekte des Nationalen Integrationsplans 2007 seien für die Konferenz von besonderem Interesse:

- (1) Integration vor Ort erfordert integrierte Handlungskonzepte unter Beteiligung aller Akteure.
- (2) Leitbild für die Stadtteil- und Quartiersentwicklung bleibt die Schaffung und Sicherung sozial und ethnisch gemischter Quartiere.
- (3) Stadtquartiere mit Defiziten im baulichen Bestand und in der infrastrukturellen Ausstattung können durch Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldbedingungen stabilisiert und attraktiver gemacht werden. Staatssekretär Großmann fordert an dieser Stelle die Wohnungswirtschaft auf, durch Investitionen in Wohnungsbestände und Wohnumfeld die Voraussetzungen für gute Nachbarschaften zu schaffen.
- (4) Er plädiert dafür, die Qualität der Bildungseinrichtungen in benachteiligten Stadtteilen gezielt zu verbessern und Kitas und Schulen zu Stadtteilbegegnungsstätten zu entwickeln.
- (5) Zudem seien die lokalen Wirtschaftsstrukturen ein wichtiges Potenzial für die Stabilisierung und Aufwertung der Quartiere.

Stadträumlich orientierte Integrationspolitik

RA Christoph Kulenkampff, Staatssekretär a.D., Frankfurt am Main



Grundlage des Vortrags von Herrn Kulenkampff sind die „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“, die im Rahmen des von der Schader-Stiftung initiierten Projektes „*Zuwanderer in der Stadt*“ erarbeitet wurden. Zu Beginn seiner Ausführungen stellt Herr Kulenkampff fest, dass Stadtteile schon immer sozialräumlich segregiert waren, als weiterer segregierender Faktor sei die ethnische Zugehörigkeit hinzugekommen. Migranten bevorzugten in der Regel ein ihnen kulturell und sprachlich vertrautes Umfeld.

Das wohnungspolitische Ziel der „ethnischen Durchmischung“ in den Wohnquartieren gehe mehr und mehr ins Leere, da die rechtlichen Instrumente (z.B. Belegungsrecht) fehlten, weil die Bewohner den Wunsch hätten, im bekannten Quartier bleiben zu können und weil eine „Durchmischung“ minderheitlicher Zuwanderer mit mehrheitlichen Einheimischen in vielen Quartieren schon numerisch immer weniger möglich sei.

Christoph Kulenkampff weist dem Wohnumfeld als Hauptaufenthaltort der Menschen herausragende Bedeutung bei der Integration zu. Seine Empfehlung lautet daher, Integration dort zu unterstützen, wo die Zuwanderer leben, nämlich vor Ort in den Quartieren. Er befürwortet zudem die Ansiedlung der am besten ausgestatteten Schulen in sozial schwachen Gebieten. Ein weiteres Handlungsfeld sei die Migrantenökonomie: Herr Kulenkampff fordert dazu auf, die Selbständigkeit von Migranten als Unternehmer zu fördern, um deren Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen.

Von großer Bedeutung für die Integration des Einzelnen im Wohnquartier sei die Unterscheidung zwischen privatem, halb-öffentlichem und öffentlichem Raum. Dies ermögliche es, zwischen eigenem und öffentlichen Raum zu unterscheiden und so ein Gefühl der persönlichen Verortung, Identifikation und Verantwortung zu entwickeln. Abschließend gibt Herr Kulenkampff Handlungsempfehlungen hinsichtlich der Gestaltung des Stadtraums, des Wohnquartiers und der Wohngebäude sowie der Entscheidung über Standort und Ausstattung von Institutionen, die für die Integration maßgeblich sind.



Wie wollen wir miteinander wohnen?

Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG

Jörg Franzen weist in seinem Vortrag darauf hin, dass soziale Konflikte zunehmen. Dies treffe insbesondere die Wohnquartiere - dabei bedeute Integration für die Wohnquartiere sowohl Herausforderungen als auch Chancen. Bislang habe es keine für alle zufriedenstellende Antworten auf die Frage „Wie wollen wir miteinander wohnen?“ gegeben.

Für die Integrationsarbeit der GESOBAU AG bedeute Integration nicht nur die Integration von Migranten, sondern die soziale Integration unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Integration bedeute, den sozialen und gesellschaftlichen Wandel in den Beständen proaktiv mit zu gestalten und Netzwerke und Instrumente zu entwickeln, die ein nachhaltiges Miteinander ermöglichen und fördern. Dabei setze die GESOBAU AG Akzente in der Quartiersentwicklung außerhalb von Programmen der sozialen Stadtentwicklung.

Dem Bestand im Märkischen Viertel komme dabei eine große Bedeutung zu. Nicht Wohltätigkeit, sondern ein attraktives Wohnumfeld, das den Leerstand senkt und die notwendigen betriebswirtschaftlichen Erfolge sichert, stehe dabei im Mittelpunkt. Dies sei ohne soziales Engagement nicht möglich. Dazu müssten Wohnungsunternehmen auch Segregationstendenzen entgegenwirken.



Die Basis bildeten Investitionen in Wohnungen, aber darüber hinaus auch Investitionen in Sicherheit, öffentlichen Raum und Urbanität sowie Nachbarschaften. Neben der energetischen Sanierung von Wohnungen, einer marktgerechten Ausstattung und zeitgemäßen Grundrissen, barrierearmen und angstfreien Außenanlagen und Optimierung der Betriebskosten zählten der GESOBAU-Sicherheitsdienst und das Integrationsprojekt „Gut miteinander wohnen“ zu den integrierenden Maßnahmen.

Wichtige Einzelprojekte seien: Berufung von Prof. Barbara John zur Integrationsbeauftragten, die Einrichtung einer Nachbarschaftsetage, Sprachförderung, Förderung des bürgerschaftliches Engagements, attraktive Jugendarbeit, gezielte Kooperationen mit Schulen und Sportvereinen sowie Mieterfeste. Auch in Zukunft würden die Maßnahmen und Projekte fortgesetzt.



Anleitung zum unglücklichen Wohnen (und wie es zu vermeiden ist)

Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität Berlin

Zu Beginn erläutert Prof. Häußermann die Gründe für unglückliches Wohnen: eine Wohnung kann zu teuer, zu weit weg, zu klein oder zu groß, zu ruhig oder zu laut sein, das Wohnumfeld kann zu unsicher, zu kontrolliert, zu deutsch oder zu heterogen sein. Die große Spannweite unterschiedlicher Bedürfnisse könne sich dabei im Verlaufe einer Biographie wandeln.

Nach wie vor bestehe in Wohnquartieren allgemein eine starke Sehnsucht nach Homogenität. Erzwungene Nähe von Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebensstilen sei oft Grund für das Unglücklichsein. Umgekehrt mache es glücklich, auf freiwilliger Basis soziale Distanz in räumliche übersetzen zu können, also sogenannte Parallelgesellschaften zu bilden. Selbstgewählte Kontakte, Gestaltbarkeit und Flexibilität der Bausubstanz seien laut Studien weitere Elemente, die zu glücklichem Wohnen beitragen.

So steht Herr Häußermann der Idee einer perfekten Planbarkeit von Nachbarschaft oder von Integrationsprozessen, die über Wohnungspolitik gesteuert werden sollen, kritisch gegenüber. Gute Nachbarschaft herzustellen, sei ein Prozess, der zwar begleitet, aber nicht voll gesteuert werden könne. Wie Bestrebungen Anfang der 1920er Jahre, Wohnen genau zu analysieren, zeigten, führten Steuerungen von außen, um Wohnen zu optimieren, ins Leere. Wohnen sei ein komplexer Prozess, der sich der Fremdbestimmung entziehe.

Markt der Ideen

Praxisbeispiele: Begegnung verschiedener Gruppen im Sozialraum und Aktivierungsansätze

Die eingeladenen Projekte berichten über ihre Programme und Aktivitäten.

Moderation: Christian Stahl, Radio Multikulti



Treffpunkt der Kulturen, Hannover Mittelfeld¹

Im Herbst 2005 hat der Verein SchMitt – Schönes Mittelfeld e.V. den Treffpunkt der Kulturen am Lehrter Platz, einem zentralen Ort im Stadtteil Mittelfeld, eröffnet. Anstöße zur Gründung bestanden u.a. in der gestiegenen Nachfrage der bereits im Stadtteil bestehenden, von der Gemeinwesenarbeit organisierten Deutschkurse sowie im neuen Zuwanderungsgesetz, das auch Integrationskurse vorsieht. Begünstigt wurde die Gründung des Treffpunkts der Kulturen durch ein gut funktionierendes Netzwerk im Stadtteil, das Einrichtungen wie Kirche, Bücherei, Jugendzentrum, Kitas und Vereine miteinbezieht, sowie durch das Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt.

Durch die Arbeit und die Angebote des Treffpunktes sollen der Dialog und die Verständigung zwischen den Angehörigen der unterschiedlichen Kulturen im Stadtteil gefördert sowie interkulturelle Bildung, Eigeninitiative und Integration unterstützt werden. Der Treffpunkt soll alle Bevölkerungsgruppen im Gebiet ansprechen, Kinder und Jugendliche genau so wie Erwachsene, Männer und Frauen, Zuwanderer und die alt eingesessene Bevölkerung. Die Angebote beziehen sich auf die Förderung und Stärkung der kommunikativen, kulturellen und beruflichen Fähigkeiten der Bevölkerung. Sie umfassen die Bereiche Soziales, Bildung, Kultur und Qualifikation. Neben der Möglichkeit zu offenen Treffen werden Qualifizierungs- und Bildungsangebote in Kooperation mit den verschiedenen Bildungsträgern wie Volkshochschule, Ländliche Erwachsenenbildung und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeboten. In Kooperation mit der Kulturinitiative Döhren-Wülfel-Mittelfeld e.V. und lokalen Künst-

¹ Teile der Darstellung dieses Projekts basieren auf der Publikation der Schader-Stiftung *Voneinander lernen. Gute Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik* (2006).

lern werden Veranstaltungen wie Lesungen, Konzerte, Kino etc. organisiert. So wird ein Kulturangebot sichergestellt, das Menschen mit verschiedenen Migrationshintergründen anspricht.

Eine Gruppe von motivierten und qualifizierten Migrantinnen, hervorgegangen aus Teilnehmern von Sprach- und Berufsvorbereitungskursen, hat eine Initiativgruppe gebildet, die sich aktiv am Stadtteilgeschehen beteiligt. Sie organisieren Veranstaltungen, übernehmen nach Bedarf Kinderbetreuung und wirken aktiv an der Vorbereitung und Durchführung von Stadtteilfeiern mit. Die Initiativgruppe hat auch die Räumlichkeiten des Treffpunkts der Kulturen gegen eine geringe Aufwandsentschädigung renoviert.

Der Treffpunkt der Kulturen ist eine anerkannte Einrichtung im Stadtteilverbund, vertreten in der Stadtteiltrunde und im Bildungsnetz Mittelfeld. Darüber ist eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Einrichtungen sichergestellt. Ein wichtiges Aufgabenfeld wird sich zukünftig darauf beziehen, dass auch deutsche Staatsbürger mit geringen Sprachkenntnissen an den Integrationskursen teilnehmen können.

Internationaler Frauentreff Sossenheim, Frankfurt am Main²

Die Gründung des Internationalen Frauentreffs Sossenheim im Jahr 2002 erfolgte auf Initiative des Quartiersmanagements in der Carl-Sonnenschein-Siedlung im Stadtteil Sossenheim. Ziel war es, für die dort lebenden Migrantinnen Kontaktmöglichkeiten zu schaffen und sie darin zu unterstützen, am nachbarschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen. In der monostrukturellen Wohnsiedlung in Zeilenbauweise der fünfziger und sechziger Jahre gab es bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Infrastruktur, die die Kommunikation unter den erwachsenen Migrantinnen befördert hätte.

Bei den ersten Treffen standen im gegenseitigen Austausch zunächst Alltagsthemen im Vordergrund. Themenbezogene Veranstaltungen zur Gesundheitsförderung, zur Kindererziehung und zu weiteren, an der Lebensrealität der Frauen orientierten Veranstaltungen fächerten das bildungs- und gesellschaftliche Angebot der Gruppe auf und ermöglichten weiteren Frauen den Zugang zur Gruppe.

Vielfältige Aufgaben und Aktivitäten wurden in Selbsthilfe und –organisation in Angriff genommen, so z.B. eine Hausaufgabenhilfe für die Kinder, ein gemeinsamer Nähkurs oder eine Kinderbetreuung während der wöchentlichen Treffen, die stets von der Honorarmitarbeiterin begleitet wurden. Um die eigene Integration und Emanzipation zu fördern, wurden auf Wunsch der Gruppe von der Volkshochschule und dem AWO-Stadtteildienst Sprachkurse angeboten. Ein weiteres Element der Arbeit der Internationalen Frauengruppe ist die Beratung von Migrantinnen, zu der einige Teilnehmerinnen ihre Kompetenzen durch Fortbildung-

² Teile der Darstellung dieses Projekts basieren auf der Publikation der Schader-Stiftung *Voneinander lernen. Gute Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik* (2006).

gen z.B. in der Gesundheitsprävention stärkten. Zum Ende des Quartiersmanagements im Dezember 2004 hatte der Internationale Frauentreff eine Selbständigkeit erreicht, die keine professionelle Begleitung mehr erforderte.

Einige besonders aktive Frauen aus der Gruppe setzten sich im und für den Stadtteil ein. Mit dieser Ausrichtung vernetzte sich der Internationale Frauentreff mit anderen Institutionen im Stadtteil, die ausschließlich „deutscher Prägung“ waren – etwa Kirchengemeinden, soziale und städtische Einrichtungen.

Die Arbeit der Frauengruppe erweiterte sich nochmals durch den Aufbau eines weiteren Frauentreffs im neuen Quartiersmanagementgebiet der benachbarten Henri-Dunant-Siedlung, in der zu einem Drittel Bewohner/innen ausländischer Staatsangehörigkeit leben. Den bereits erfolgreichen Aufbau und die Begleitung der Gruppe leisten zwei Frauen des Internationalen Frauentreff Sossenheim.

Vom Erfolg des Projekts zeugt die Zusammenarbeit mit Städtischen Institutionen, Wohnungsunternehmen (Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen), dem AWO Ortsverein Sossenheim, den Mietervereinen der Siedlungen, der Pro Familia (Gesundheitsberatung), der Evangelischen Familienbildung (Beratung und Nähkurse), dem Gesundheitsamt (Ausbildung von Multiplikatorinnen für Gesundheitsberatung), der Agentur für Arbeit, dem Sozialratshaus u.a.

Nachbarschaftsetage, GESOBAU AG Berlin

Die *Nachbarschaftsetage* der GESOBAU AG ist Teil des Integrationsprojekts „Besser miteinander wohnen!“. Ausgangspunkt dieses Modellprojekts ist die Vielfältigkeit der Mietergruppen in den Wohnquartieren: Die Unterschiede in Herkunft, Sprache, Alter, Einkommen und Familienstand, die die Menschen in den Beständen der GESOBAU AG aufweisen, führen leicht zu Spannungen und Konflikten zwischen den Mietern. Um diese abzuschwächen, sollte mit Hilfe unterschiedlicher Integrationsmaßnahmen eine gegenseitige Unterstützung sowie ein friedliches Zusammenwohnen aller Mieter unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft gefördert werden.

Die GESOBAU AG gehört mit etwa 42.000 Wohnungen in Reinickendorf, Pankow, Wedding, Weißensee, Wilmersdorf und Buch zu den größten kommunalen Wohnungsunternehmen Berlins. Im Märkischen Viertel in Reinickendorf sind 95 Prozent der Wohnungen in ihrem Besitz, entsprechend liegt dort der Fokus des Integrationsprojekts. Was die Nachbarschaftsetage am Wilhelmsruher Damm angeht sind neben der Integrationsbeauftragten der GESOBAU AG, Barbara John, v.a. Kitas und Schulen, Jugendzentren, freie Träger der Sozialarbeit sowie Unternehmen und Geschäfte vor Ort wichtige Akteure.

Mit der Nachbarschaftsetage sollte für die Bewohner die Möglichkeit geschaffen werden, sich einander näher zu kommen und bei aller Unterschiedlichkeit ein von Toleranz und Verständnis geprägtes Miteinander zu entwickeln. Um dies zu verwirklichen, bietet die Nachbarschaftsetage mit ihrem Nachbarschafts- und Lesecafé einen sozialen Treffpunkt für Menschen jeden Alters und fördert mit einem vielfältigen Angebot die Partizipation der Mieter: Neben dem Deutschkurs für Anfänger gibt es mittlerweile eine mehrsprachige Sozialberatung, die bei Behörden- oder Bewerbungsschreiben, bei der Jobsuche als auch bei der Lösung von Konflikten in der Nachbarschaft hilft. Außerdem werden PC-Kurse für Einsteiger sowie Selbstbehauptungs- und Yogakurse angeboten. Kinder und Jugendliche finden in der Nachbarschaftsetage Unterstützung bei Hausaufgaben und bei Fragen der Berufsorientierung, darüber hinaus gibt es Bastelkurse und Ferienangebote. Die Mieter haben die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren, beispielsweise im Freiwilligen Besuchsdienst für alte oder kranke Menschen oder als Lesepate für Kinder. Diese Angebote begünstigen ein nachbarschaftliches Miteinander und beziehen Migranten wie Deutsche, Junge wie Alte sowie Menschen unterschiedlicher sozialer Lage mit ein. Das steigert den Zusammenhalt in den Wohnquartieren, lässt die gesamte Mieterschaft profitieren und trägt zur sozialräumlichen Integration bei.

Interessenvertretung der Mieter Landsberger Allee 175/177, Berlin-Lichtenberg

Das von 23 unterschiedlichen Nationalitäten bewohnte Doppelhochhaus in der Landsberger Allee war in einem schlechten Zustand und bot keine Wohnqualität mehr. Defekte Fahrstühle, starke Verschmutzungen, mangelhafte Beleuchtung, Vandalismus und anderes mehr veranlassten viele der ca. tausend Bewohner des Hochhauses, den Versuch zu starten, Veränderungen herbeizuführen. So kam es im Juni 2004 zu einer ersten Mieterversammlung nach über dreißig Jahren, in der die Bildung eines Mieterbeirats, die „Interessenvertretung der Mieter“, beschlossen wurde.

Die Arbeit der Interessenvertretung erfolgt ehrenamtlich, die Bewohner mit Migrationshintergrund wurden von Anfang an mit in die Arbeit einbezogen. Diese bezieht sich vorrangig auf Aktivitäten, die zum friedlichen Zusammenleben beitragen. So werden Kinderfeste, Theaterbesuche, Basteln mit Kindern, Nachhilfeunterricht und anderes mehr organisiert. Die Erfahrung der Interessenvertretung hat gezeigt, dass es eine bewährte Strategie ist, die Bewohner des Hauses nicht zuletzt über deren Kinder zu erreichen.

Es gibt eine Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Akteuren und Institutionen wie beispielsweise mit der Ausländerbeauftragten in Lichtenberg, dem Arbeitslosenverband, dem Sozio-kulturellen Zentrum, der Aussiedlerintegrationshilfe, dem Jugendclub, der Härtefallberatung, dem Rat für Migrantenangelegenheiten, den Sozial- und Jugendämtern und anderen. Unterstützung findet die Interessenvertretung durch die 2007 neu eingesetzte Hausverwal-

tung, die Bezirksbürgermeisterin, die Stiftung Bürger für Bürger sowie durch das Bündnis für Toleranz.

Anfangs stand die Interessenvertretung vor einigen Problemen: Neben den zu knüpfenden Kontakten zu den Ämtern und dem zu organisierenden Gemeinschaftsraum erforderten vor allem der Aufbau des heute funktionierenden Netzwerks sowie der sozialen Struktur viel Engagement. Darüber hinaus stellte die Finanzierung des Projekts eine Herausforderung dar. Durch das Netzwerk hat die Interessenvertretung Unterstützung bekommen, die bis heute weiterhin genutzt wird. Der frühere Eigentümer sowie die damalige Hausverwaltung konnten nur begrenzt finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die nach einem Eigentümerwechsel allerdings zunächst wegfielen. Ein erneuter Wechsel im Jahr 2007 hat aber zu einer positiven Veränderung geführt; es besteht nunmehr ein sehr gutes Verhältnis zwischen Interessenvertretung und Eigentümer bzw. Verwaltung. Den Anregungen der Interessenvertretung werden ernst genommen und in der Regel – soweit möglich – auch umgesetzt. Das Projekt findet bundesweit Anerkennung, was nicht zuletzt die zur Zeit entstehende Filmdokumentation über die Arbeit der Interessenvertretung Landsberger Allee 175/177 bezeugt.

LEG-Wohnprojekt „Sterntaler“, Wuppertal-Oberbarmen

Die in den siebziger Jahren erbaute ursprüngliche Post-Großwohnsiedlung in Wuppertal-Oberbarmen wies Veränderungen in der Bewohnerstruktur auf. Sie war heterogener geworden, den älteren Mietern standen junge, „unvollständige“ Familien gegenüber, der Migrantenteil war auf ca. 30% angewachsen und der überwiegende Teil der Bewohnerschaft wies einen schwierigen sozialen Hintergrund auf.

Das Wohnprojekt „Sterntaler“ der Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH (LEG) entstand als eine Reaktion auf die Herausforderungen, die sich aus der schwierigen Lage der Siedlung ergaben. Es galt, die Wohnqualität und -zufriedenheit aller Bewohner zu sichern, die Attraktivität der Siedlung zu steigern, neue Mieter zu gewinnen und zu integrieren, den Wohn- und Freizeitwert innerhalb der Siedlung zu erhöhen, das Identifikationspotenzial mit der Siedlung zu steigern und nachhaltige, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen.

Mit der Einführung des „Sterntaler“-Konzepts wurden ein Farb- und Gestaltungskonzept für die gesamte Siedlung entwickelt, das „Sterntaler“-Prämiensystem zur Belohnung von ehrenamtlichem Engagement eingeführt (was besonders großen Erfolg hat) und der Bewohnertreff „Sterntreff“ eröffnet. Außerdem wurden innovative Wohnformen und wohnbegleitende Angebote für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, für Demenzkranke, ältere Bewohner und für Alleinerziehende entwickelt. Zusätzlich gab es zielgruppenübergreifende Angebote und Maßnahmen.

Die wichtigsten Akteure sind die LEG, die Bewohner, die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V., die Evangelische Familienbildungsstätte, die Wuppertaler Behinderten-

arbeit, das Zukunftsinstitut Pflege (ZIP) e.V. und das Netzwerk Alleinerziehender. Die Koordination erfolgte durch die LEG.

Das Einbeziehen der Bewohner war und ist ein wichtiges Erfolgskriterium. Die telefonische Kontaktaufnahme zu den Bewohnern, die Organisation eines Arbeitskreises mit ca. dreißig freiwilligen Bewohnern, die Gründung des „Team Sternentreff“ mit ca. zehn festen Mitarbeitern aus dem Bewohnerkreis, die gegen Erhalt von Sterntalern das Bewohnercafé bewirten, und das monatliche Treffen des „Team Sternentreff“ mit LEG-Mitarbeitern waren die grundlegenden Schritte in der Anfangsphase des Projekts.

Probleme bei der Umsetzung ergaben sich vor allem aus dem anfänglich schwachem Besuch einzelner Aktionen, dem zeitlichen Aufwand für die Betreuung und ständige Weiterentwicklung des Projekts, der Zeit, die eine wachsende Integration braucht und den unterschiedlichen Wertestrukturen der Kooperationspartner.

Was die Auswirkungen des Projekts auf das soziale Zusammenleben anbelangt, ist hervorzuheben, dass verschiedene Bewohnergruppen den „Sternentreff“ als Anlaufstelle für Informationen, Beratung oder einfach als Treffpunkt nutzen, dass Anonymität in der Wohnsiedlung abgebaut werden konnte und dass der Identifikationsgrad mit der Siedlung deutlich gesteigert wurde.

Pallasseum, Berlin Schöneberg-Nord

Gegen Ende der neunziger Jahre hatten sich Probleme rund um das Pallasseum (in der Öffentlichkeit als "Sozialpalast" negativ bekannt) zugespitzt: Die Situation war u.a. durch Vandalismus, Drogenhandel und -missbrauch sowie durch Verwahrlosungstendenzen gekennzeichnet.

Auf Äußerungen hin, den "Sozialpalast" wie das Kreuzberger Zentrum am besten abzureißen, reagierten die Bewohner mit Protest, der auf dem 1998 einberufenen Präventionsrat in Aktivitäten der Arbeitsgruppe "Sozialpalast" mündete. Es kam zur Bildung eines Mieterbeirats, die Mieter wurden aktiv. Kurz darauf konnte das (von SenStadt) neu installierte Quartiersmanagement an diese Aktivitäten anknüpfen, der Mieterbeirat vergrößerte sich und die Aktionen konnten um Putz- und Pflanzinitiativen, einen Balkonwettbewerb, Kinder- und Bewohnerfeste, monatliche Trödelmärkte, der Gründung von Frauengruppen des christlichen bzw. moslemischen Kulturkreises und um einiges mehr erweitert werden.

Sehr bald entwickelte sich bei den Bewohnern das Bedürfnis nach einem eigenen Treffpunkt, so dass in Absprache zwischen SenStadt, Quartiersmanagement und Eigentümer eine Leer- schotte der Wohnanlage zu einem Wohnertreff ausgebaut wurde. Der Ausbau wurde vom Land Berlin gefördert, der Eigentümer stellt die Räume den Bewohnern mietfrei zur Verfügung und übernimmt die Heiz- und Betriebskosten. Im Rahmen des Projekts wurde eine Betreibergruppe aufgebaut, die den Betrieb des Wohnertreffs (ein Kommunikationstreffpunkt

mit Getränkeausschank) organisiert, aus der sich 2002 der Verein KaffeeKlatsch e.V. entwickelte.

Die zunächst im Rahmen des Quartiersmanagement gestartete Initiative wurde ab 2002 durch das Programm Soziale Stadt zu einem eigenen Projekt .

Seit 2003 gibt der Mieterbeirat mit Unterstützung der AG SPAS eine eigene Zeitung heraus, die von einer kleinen Redaktionsgruppe zusammengestellt wird. Die Zeitung, deren Druckkosten der Eigentümer trägt, wird an alle Haushalte verteilt.

Eine besondere Aktion war das Flaggenprojekt im Pallasseum aus Anlass der Fußball-WM 2006. Mit dieser gemeinsamen Initiative von Mieterbeirat, Eigentümer, AG SPAS und Quartiersmanagement wurde nicht nur für die Bewohner der Wohnanlage Pallasseum, sondern für den Kiez und den Stadtteil der erreichte Wandel offensichtlich. Das festlich mit den Fahnen der Teilnehmerländer der WM und der Herkunftsländer der Bewohner geschmückte Haus war ein Blickfang.

Die wichtigsten Erfolge des Projekts sind die Veränderungen in und um die Wohnanlage, die verbesserte Nachbarschaft sowie die nunmehr fast siebenjährige ehrenamtliche Arbeit des Bewohnertreffpunktes.

HöVi-Kinderstadt, Köln

Die Ferienspielaktion HöVi-Land gibt es bereits seit fünfzehn Jahren. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der evangelischen und der katholischen Kirchengemeinden im Kölner Viertel Höhenberg/Vingst. Die Ausgangsidee war, Kindern, die aus finanziellen Gründen nicht in Urlaub fahren können, ein Ferienprogramm direkt vor der Haustür zu bieten.

Die Aktivitäten der Kinderzeltstadt HöVi-Land umfassen über hundert Workshops und Ausflüge, gemeinsames Essen, Musik, Tanz und einiges mehr.

Heute nehmen jährlich 500 Kinder aus dem Viertel an diesem Angebot teil. Zum Gelingen tragen rund 300 ehrenamtliche Helfer bei, die meist ebenfalls aus dem Stadtviertel stammen. HöVi-Land ist somit zum Kristallisationspunkt für die Menschen im Viertel geworden.

Um den Bewohnern des Stadtteils nicht nur in den Ferien, sondern auch über das Jahr hinweg etwas anbieten zu können, wurde vor fünf Jahren die ökumenische Familienwerkstatt gegründet. Unter dieser Überschrift ist ein buntes Kursprogramm für unterschiedliche Zielgruppen zusammengefasst, so z.B. Frauenfrühstück, Familienfußball, Sprachkurse, Väter-Kinder-Ausflüge, Vorleseabende für Kinder und vieles mehr.

Bei der Zusammenarbeit im Viertel und mit städtischen Institutionen geht es allen Beteiligten darum, eine positive Stadtteilentwicklung zu betreiben. Dazu gehören die öffentliche Jugendhilfe genauso wie die Wohnungsbaugesellschaft GAG, die Berufberatung der Arbeitsagentur und die Schulen.

Seit einiger Zeit gibt es die Sozialraumkoordination im Viertel, ein Modellprogramm in zehn ausgewählten Sozialraumgebieten der Stadt Köln. Im Zentrum dieses Programms stehen die Bedarfe der Bewohner, die Unterstützung von Selbsthilfekräften und Eigeninitiative, die Nutzung der Ressourcen des sozialen Raumes sowie die Kooperation und Koordination der sozialen Dienste. Potentielle Aufgabenfelder im Sozialraum sind hierbei Kinder- und Familienförderung, Tagesbetreuung für Kinder, Erziehungshilfen, Kinder- und Jugendarbeit, Wohnhilfen, Qualifizierungs- und Berufshilfen, Seniorenarbeit, Gesundheitshilfen, Behindertenhilfen sowie Schülerhilfen und –förderung, daneben aber auch stadtweite Angebote (z.B. Schuldnerberatung) und die Kooperation mit Schulen, Kirchen, Polizei, der Arbeitsgemeinschaft Köln (Arge), Wohnungsbaugesellschaften und Vereinen z.B. aus den Bereichen Sport und Bildung/Kultur.

Die Sozialraumkoordination kann ergänzend und über den bisherigen Rahmen der erfolgreichen Ferienspielaktion und Familienwerkstatt hinaus dazu beitragen, dass ein eigentlich "abgeschriebenes" Stadtviertel wieder an Attraktivität und Lebensqualität gewinnt.

Community-Organizing, Bürgerplattform Berlin-Wedding

Community Organizing ist eine Form der bürgerschaftlichen Selbstorganisation, die darauf abzielt, Menschen zu befähigen, das gesellschaftliche Zusammenleben sowie das öffentliche Leben gemeinsam gestalten und Veränderungen herbeiführen zu können. Es ist ein Ansatz für den Aufbau eines lösungsorientierten, zivilgesellschaftlichen Engagements auf breiter gesellschaftlicher Basis. Ausgangspunkt dabei ist die Annahme, dass das Demokratisch-Politische eine Angelegenheit aller Mitglieder einer Gesellschaft ist und dauerhaft auch zwischen den Wahlen stattfinden kann und soll.

Die mittels Community Organizing aufgebauten Bürgerplattformen sollen dazu führen, dass Menschen vor Ort Handlungskompetenzen im Umgang mit anderen gesellschaftlichen Akteuren sowie konkrete Ergebnisse zur Verbesserung ihrer Umgebung erhalten.

Im Juni 2007 hat sich ein offener Kernkreis interessierter Gruppen gebildet, der die Gründung einer Bürgerplattform für Wedding und Moabit vorbereitet. Dem Kernkreis gehören bisher 26 Gruppierungen an, darunter u.a. die Berliner Gesellschaft für Förderung interkultureller Bildung und Erziehung (BGFF e.V.), der Bürgerverein Wedding Aktiv e.V., die DITIB Aksemseddin Moschee, der Schülerladen „Carotte“ e.V. und das Interkulturelle Zentrum für Dialog und Bildung (IZDB).

Partner dabei sind die schon seit mehreren Jahren erfolgreich arbeitenden Berliner Bürgerplattformen ‚*Menschen verändern ihren Kiez/Organizing Schöneweide*‘ und ‚*WerkNetz Karlshorst*‘ sowie die Hamburger Bürgerplattform ‚*Impuls Mitte*‘. Ziel der Bürgerplattform ist es,

gemeinsam Verantwortung für den Stadtteil zu übernehmen, gerechte Lösungen für Probleme zu entwickeln und insbesondere Veränderungen durchzusetzen.

Die der Bürgerplattform zugrunde liegende Idee besteht darin, dass der Zusammenschluss und eine gemeinsame Interessenvertretung vieler verschiedener Einzelpersonen und Gruppierungen eine relevante Kraft entstehen lässt, an der Politik und Wirtschaft nicht vorbei entscheiden können.

Eine Bürgerplattform ersetzt nicht die Arbeit und das Engagement in den bestehenden Netzwerken und Gruppen. Sie ergänzt diese, mit dem Ziel, eine Größe und Qualität zu erreichen, durch die man erfolgreich politisch Einfluss nehmen kann. Der Aufbau einer Bürgerplattform dauert ca. zwei bis drei Jahre, nach der Gründung ist sie auf Dauer angelegt.

Die Mitarbeit in der Bürgerplattform basiert auf dem Auf- und Ausbau persönlicher Beziehungen zu ganz verschiedenen Menschen und Gruppen, gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Die Bürgerplattform arbeitet parteipolitisch und finanziell unabhängig, überkonfessionell und generationen-übergreifend. Der Anschluss weiterer Gruppen ist erwünscht.

Unternehmerische Strategien im Umgang mit sozialer Segregation

Prof. Thomas Dilger, Vorstandsmitglied Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt/ Main



Seit Anfang des 20. Jh. hätten gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen die Aufgabe, sozial stabilisierend zu wirken. Mit einem kurzen historischen Abriss widerspricht Herr Dilger der Darstellung, Wohnungsbauunternehmen beschäftigten sich erst seit kurzem mit dem Thema Integration. Integration sei jedoch keine isolierte Aufgabe, sondern eine, die nur gemeinsam mit den Städten gelöst werden könne. Wohnungsbauunternehmen müssten sich hier aktiv politisch engagieren. Viele der sogenannten ethnischen Konflikte seien Generations- oder soziale Konflikte. Wenn z.B. Neuzuzügler in Siedlungen in ökonomisch unsicheren Situationen lebten, könne dies zu einer Überforderung der Nachbarschaft führen. Herr Dilger prognostiziert eine Zunahme sozialer Probleme. Erschwerend sei für die Wohnungsbauunternehmen auch, dass ein Konsens darüber fehle, was denn überhaupt das Ziel von Integration sei (abgesehen vom neuerdings einzigen Konsens, dass Sprache und Bildung wichtig

seien). Auch empirische Sozial-Studien gäben keine eindeutige Antwort auf die Frage, was ein Quartier stabilisiert: Heterogene Siedlungsstrukturen oder partielle Segregation? So müssten die Unternehmen selber definieren, was sie für wichtig hielten. In seinem Unternehmen habe man die Erfahrung gemacht, dass Integration im Wohnumfeld erfolgreicher gefördert werden könne als im einzelnen Haus; so könnten u. a. Themenhäuser und „Milieuhäuser“ entstehen. Dabei gehe es nicht nur um ethnische Themen, sondern um Lebensstile, z.B. um das Zusammenleben der Generationen. Interkulturelle Begegnung fände vor allem in den Quartieren statt.

Neben diesem gemeinnützigen und integrationspolitischen Auftrag betont Herr Dilger den Stellenwert von Integration aus unternehmerischer Perspektive. Stigmatisierung von Wohnquartieren führe zu Werteverfall. Auch stellten Migranten eine wichtige Kundengruppe dar, ziehen sie doch oft da ein, wo vor 40-50 Jahren junge Familien eingezogen sind und ältere Mieter ausziehen (ca. 45% der Mieter seiner WBG sind über 60 Jahre). Der Wandel der Kundenstruktur müsse akzeptiert werden.

Der Werkzeugkasten, den sein Unternehmen zur Förderung der Integration im Wohnumfeld einsetze, beinhalte unter anderem interkulturelle Schulung der Mitarbeiter, Einsatz von Mietern als Mediatoren, Beschäftigungs- und Beteiligungsprojekte, Sportprojekte, Anregungen zur Kommunikation unter den Mietern sowie die Zusammenarbeit mit freien Trägern sozialer Arbeit.



Wachsende Milieuviefalt – Anforderungen an die Erst- und Bestandsmieter

Michael Sachs, Vorstandsmitglied der SAGA/ GWG Hamburg

Nach einer kurzen Beschreibung der SAGA/GWG Hamburg stellt Herr Sachs den Lösungsansatz des Unternehmens für die Vermarktung einer sozial problembehafteten, aber durchaus attraktiven Region im Hamburger Süden vor, mit dem Ziel das Vermietungsgeschäft zu beleben. Dieser bestehe in der Vernetzung und der Umsetzung eines übergreifenden Projektes.

Sachs kritisiert die Soziologie, die zu Integrationsfragen wenig praktische Lösungsansätze zu bieten habe, da sie oft die gegebenen Marktmechanismen nicht berücksichtige. Das angestrebte Ziel des integrierten Miteinanders erscheint ihm nur selten erreichbar, weshalb es für Wohnungsunternehmen schon ein großes Ziel sei, ein ausgeglichenes Nebeneinander anzustreben.

Zu den Maßnahmen und Ansätzen zählten neben der Modernisierung und Neustrukturierung von Wohnraum vor allem zielgruppenspezifische Angebote für Studenten, Senioren und Familien. Soziale Projekte, Sportprogramme, Förderung von Kunst und Kultur trügen zu Entwicklung von Infrastruktur und Neustrukturierung von Quartieren bei.

Zu den Erwartungen an die Stadt gehörten die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse des Wohnstandortes gegenüber den Interessen des Wirtschaftsstandortes, die bedarfsgerechte Ausweitung der Jugendarbeit zur Stabilisierung von Familienstrukturen und die Förderung von Bildungseinrichtungen und vernetztes Arbeiten von Schulen.

Um Nachbarschaften zu fördern, gelte es, über die persönliche Ansprache Beteiligung anzuregen. Ein initiiertes Stadtteilleben fördere die Kommunikation der Bewohner. Eine Stadtteilkultur könne zu Wertschätzung anregen, könne Ausdrucksform und Kommunikationsanlass sein. Generell gelte, die Quartiere attraktiv und lebenswert zu gestalten: Attraktivierung statt Ausgrenzung.

Eine aktive Bewohnerbeteiligung leiste einen wichtigen Beitrag bei der Lösung von Interessenskonflikten zum Gemeinwohl. Kommunale Wohnungsunternehmen könnten durch ganzheitliche und nachhaltige Stadtteil- und Stadtentwicklung einen aktiven Beitrag zum sozialen Ausgleich in den Quartieren leisten.

Herr Sachs schließt mit der Forderung an die Politik, Städte nicht nur als Wirtschafts- und Kulturstandorte zu betonen und zu fördern, sondern auch als Wohnstädte. Dieses grundlegende Bedürfnis sei in der städtischen Politik stärker zu berücksichtigen. Er äußerte die Erwartung, dass die Bildungsarbeit verbessert werden müsse und Anstrengungen zu unternehmen seien, die Jugendlichen in Erwerbsarbeit zu bringen.



Community Organizing: Integration als Empowerment

Prof. Dr. Leo J. Penta, Deutsches Institut für Community Organizing der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin

Obwohl in Deutschland im Vergleich zu amerikanischen Städten, wie beispielsweise New York, immer noch ein sehr homogenes Milieu im Wohnquartier vorhanden sei, gäbe es Überfremdungsängste, die zu Assimilierungsforderungen gegenüber den angeblich Fremden führten. Integration stelle aber eine „Zwei-Bahn-Straße“ dar; es gehe weder um Assimilierung noch um ein tolerantes Nebeneinander.

Das Community-Modell, das Herr Penta vorstellt, arbeitet mit dem „Inklusionsparadigma“ und hat zum Ziel, durch die Vernetzung eine gemeinsame Handlungsfähigkeit (wieder) herzustellen. Community-Organizing wolle Bürgerplattformen aufbauen, die als regelmäßige Handlungsplattformen Menschen grenzüberschreitend aufgrund ihrer Interessen zusammenzubringen. Diese Bürgerplattformen sollen der Zivilgesellschaft ein Gesicht geben, um gegenüber Staat und Wirtschaft persönliche, aber gemeinsame Interessen zu vertreten. Basis dieser Plattformen bilde langfristiges Engagement.

Voraussetzung für das Gelingen des Community-Organizing seien Beziehungsarbeit, Klarheit über die Interessen, ein öffentlich-politischer Blickwinkel sowie eine Arbeit mit den Menschen, im Gegensatz zur Arbeit für die Menschen, d.h. ein Empowermentansatz. Hierzu bedürfe es einer Anschubfinanzierung sowie professioneller Initiatoren und Begleiter. Die Finanzierung sollte in Form von „Seed-Money“ („Saat- oder Keim-Geld“) geschehen, das grundsätzlich und relativ ergebnisoffen diese gesellschaftliche Beziehungsarbeit anschiebe. Programm Gelder seien weniger wirksam, weil sie zumeist auf das kurzfristige Erreichen eines bestimmten Ziels hin angelegt seien.



Leben als Deutsche in den USA

Ursula Soyez, German Marshall Fund of the United States, Berlin

Frau Soyez berichtet in einer persönlich gehaltenen Schilderung über ihren Aufenthalt in Washington, DC als Mitarbeiterin des German Marshall Funds of the United States.

Als Einwanderungsland per se böten die USA zahlreiche Anknüpfungspunkte für Integration und Nachbarschaftlichkeit. Dabei diene die Social Security Number sowohl als Identifikation des Einzelnen (Ausweis), aber zugleich als Identifikation mit der Gemeinschaft (als Amerikaner).

Die USA machten es Neuankömmlingen leichter als Deutschland. Offenheit, historisch bedingte bunt gemischte Bevölkerung und eine historisch bedingte aktive Bürgerplattform förderten die Identifikation mit Nachbarschaft, Quartier und Stadt.

Frau Soyez verdeutlicht, dass nach dem 11. September 2001 die Einreisebedingungen verschärft wurden. Aber wenn man erst mal drin sei, fühle man sich heimisch. In den USA seien „Anderer“ auch Amerikaner, in Deutschland begegne man „Anderen“ zunächst mit Vorurteilen. Abschließend stellt sie die Forderung, auch in Deutschland mehr Eigenengagement zu demonstrieren und weniger Fremdleistungen zu erwarten.

Podiumsdiskussion

Gut miteinander wohnen – die wesentlichen Faktoren aus Sicht von Wohnungswirtschaft und Kommunalpolitik



TeilnehmerInnen:

Andreas Germershausen, Stellvertreter des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration

Ayse Özbabacan, Stabsabteilung Integrationspolitik, Stuttgart

Michael Sachs, Vorstandsmitglied der SAGA/ GWG Hamburg

Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG

Peter Senftleben, Stadtrat für Jugend und Familie, Bezirksamt Reinickendorf

Moderation: Prof. Barbara John



Zu Beginn der Podiumsdiskussion fassten die Teilnehmer die Ergebnisse des Tages zusammen:

Für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alter und Herkunft müssen alle beteiligten Akteure, Kommunen, soziale Institutionen, Wohnungswirtschaft, Einheimische und Migranten integrierte Projekte entwickeln und gemeinsam umsetzen. Wesentliche Herausforderungen bestehen in der Arbeitsmarktsituation sowie Sprach- und Bildungsdefiziten. Für eine gelungene Integration gilt es, Entwicklungschancen für alle zu garantieren.

Die steigende gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Thema Integration, das Bekenntnis vieler Politiker zu Deutschland als Einwanderungsland, viele erfolgreiche Integrationsprojekte, der wirtschaftliche Aufschwung, das Integrationskonzept des Senats von 2005, die grundlegenden Arbeiten zum Thema Integration und Wohnen der Schader-Stiftung, die zunehmende politische Partizipation von Migranten-Organisationen geben Anlass zu Hoffnung.



Frau Özbabacan berichtet über die Stuttgarter Fallstudie zum Thema „Wohnen und Maßnahmen gegen ethnische und sozialräumliche Segregation“, die im Rahmen des Europäischen Städtetzwerks CLIP (Cities for Local Integration Policy) durchgeführt wurde. Sie spricht vor allem dem Informations- und Erfahrungsaustausch über good-practices zwischen europäischen Städten, aber auch innerhalb der kommunalen Behörden eine große Bedeutung für die Integration der Migranten in den Stadtteilen zu. Durch diesen Austausch könnten Good-practices in die nationale Integrationspolitik einfließen.

Nicht nur Investitionen in Beton und Steine, sondern auch Investitionen in das Miteinander, garantierten einen steigenden Return on Investment. Steigende Vermietungszahlen, sinkende Leerstände und abnehmende Mietverweigerungen seien Ausdruck dieser Entwicklung. Dabei machen Herr Franzen und Herr Sachs deutlich, dass sich nicht nur kommunale Wohnungsunternehmen überdurchschnittlich im Bereich Integration engagieren: eine langfristiges Interesse an Mieterbindung und der Attraktivität der Quartiere ist ausschlaggebend.

Von Prof. John wird eingebracht, dass Arbeitsförderprogramme bisher nicht in den Sozialraum-Ansatz geflossen seien: die Beschäftigung werde über die Job-Center vermittelt, d.h. es stehe nicht die Beschäftigung von Bewohnern im Vordergrund.

Beiträge aus dem Publikum kritisierten die zeitliche Befristung der Projektförderung. Gerade Programme zur Bildungsförderung, zur Arbeit mit Frauen, zur beruflichen Qualifizierung und Erziehungsberatung seien Regelaufgaben, die mit befristeten Projekten nicht zum Erfolg geführt werden könnten. Verstetigung und Verfestigung von Programmen sei notwendig. Während Herr Germershausen die Idee der Befristung von Projekten befürwortet, da so neue Ideen gefördert werden könnten, fordern Herr Senftleben und Prof. John die dauerhafte Finanzierung von erfolgreichen Projekten. Bestimmte Grundprobleme müssten mit Grundstandards gelöst werden, denn eine regelmäßige Neuetikettierung mit leichtem Richtungswechsel rechtfertige den hohen Managementaufwand für innovative Projektanträge nicht. Prof. John erinnert zudem daran, dass viele Projekte ursprünglich entwickelt wurden, weil die Regelversorgung zur Integration nicht ausreichte; das sei auf vielen Feldern noch heute so: Deutschland ist ein Land der Integrationsprojekte und weniger eines der guten Integrations-systeme.

Kurzbiographien der Referenten und Teilnehmer der Podiumsdiskussion

Thomas Dilger (*1952), Prof., Studium der Architektur und der Stadtplanung TU Hannover. 1980 - 1984: Planungsamtsleiter und Stadtbaurat in Lennestadt. 1985 – 1989: technischer Beigeordneter der Stadt Wesel. 1990 - 1997: Stadtentwicklungsdezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden. 1998 – 2001: Geschäftsführender Gesellschafter im Büro DKS – Städtebau (Dilger, Kramm & Strigl) Darmstadt/Wiesbaden. Seit 2002: Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte, Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft, in Frankfurt am Main. Seit 2005: Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt.

Jörg Franzen (*1965), Vorstand GESOBAU AG. Ausbildung zum Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, Studium der Betriebswirtschaft. 1994 – 2002 Leiter des Immobilien-Managements bei der Deutschen Bau- und Grundstücks AG, Bonn. 2002 – 2006 beschäftigt bei GAGFAH Immobilien-Management GmbH, Essen, seit 2003 Geschäftsführer der Tochtergesellschaften Media Home GmbH und Media Home Verwaltungs GmbH sowie der Schweizer Viertel Grundstücks GmbH. Seit 2006 Mitglied des Vorstandes der GESOBAU AG.

Andreas Germershausen (*1952), Leiter des Referats „Integrationspolitik“ beim Integrationsbeauftragten des Landes Berlin und zugleich dessen Stellvertreter. Vor seiner Anstellung beim Senat im Jahr 2001 war er an sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten in Berlin und Südostasien tätig und leitete Forschungsvorhaben zu Flucht- und Migrationsbewegungen, Integration und ethnischen Beziehungen.

Achim Großmann (*1947), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Diplom-Psychologe, bis 1986 Psychologe an der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in Alsdorf, ab 1979 Leiter dieser Einrichtung. Einige Semester Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung für das Fach Verwaltungspsychologie. 1971 Eintritt in die SPD, seit 1987 für den Kreis Aachen, 1991 - 1998 baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des Vorstandes, seit 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen mit den Aufgabenschwerpunkten Wohnungsbauförderung, Städtebau, Baurecht, Bauwirtschaft, Baukultur, Eisenbahnpolitik, Bundesverkehrswegeplanung, Public Private Partnership.

Harmut Häußermann (*1943), Prof. Dr., Studium der Soziologie, Politik und Volkswirtschaft an der FU Berlin. 1970 - 1976: wiss. Assistent an der FU Berlin. 1976 - 1978: Professur für Stadt- und Verwaltungssoziologie an der Gesamthochschule Kassel. 1978 - 1993: Professur für Stadt- und Regionalsoziologie an der Universität Bremen. Seit 1993: Professur für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität Berlin.

Barbara John (* 1938), Prof., Lehrerin und Dipl. Politologin, Studium in Lüneburg, Berlin und London. Mehrjährige Tätigkeit als wissenschaftliche Assistentin in der Lehrerbildung im Fach "Deutsch als Zweitsprache" an der FU Berlin. 1981 - 2003: Ausländerbeauftragte des Berliner Senats. Seit 2003: Koordinatorin für Sprachförderung bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin. Mitglied der Bewertungskommission für Integrations Sprachkurse beim Bundesministerium des Innern und Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin.

Gudrun Kirchhoff (*1956), Diplom-Soziologin. Tätig im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen, langjährige Arbeit als Stadtforscherin und Sozialplanerin in Berlin. Seit 2006 wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung, Koordination Forschungsprojekt „Zuwanderer in der Stadt“. 1999 – 2003: stellv. Institutsleiterin am Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg. 1997 – 1999: Untersuchungen zur Entwicklung von Plat-

tenbaugebieten in Ostdeutschland am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS in Erkner bei Berlin.

Christoph Kulenkampff (*1947), Staatssekretär a.D., Jurastudium und Referendariat in Frankfurt/M., München, Gießen und Darmstadt. 1986 – 1991: Generalstaatsanwalt des Landes Hessen. 1991 – 1993: Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Inneren und für Europaangelegenheiten. 1995 – 2000: Verbandsdirektor des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft e.V. und des Prüfungsverbandes Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen e.V.. Von 2000 bis 2007 geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung.

Ayse Özbabacan, Mitarbeiterin der Stabsstelle für Integrationspolitik der Stadt Stuttgart, koordiniert seit Oktober 2006 das Europäische Städtenetzwerk CLIP (Cities for Local Integration Policy). Das Städtenetzwerk wurde im Mai 2006 von der Stadt Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit Sitz in Dublin und dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates gegründet. Das Städtenetzwerk verfolgt das Ziel, erfolgreiche Strategien und Projekte zur Integration und Partizipation von Zugewanderten auf kommunaler Ebene zusammenzutragen und diese europaweit vergleichbar zu machen.

Leo Joseph Penta, Prof. Dr (*1952), Community Organizer und Wissenschaftler, Studium in den USA, Österreich und Deutschland. Seit 1996 Professor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, seit 2006 Leiter des Deutschen Instituts für Community Organizing. Mitbegründer zweier international bekannter Bürgerorganisationen in den USA, die zum Netzwerk der „Industrial Areas Foundation“ (IAF) - des ältesten und renommiertesten Trainingsinstituts für Community Organizing in den USA - gehören. Er bildet in Deutschland Community Organizer aus und begleitet den Aufbau eines wachsenden Netzwerks von Bürgerplattformen in Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg.

Michael Sachs (*1947), Studium der Soziologie und Geschichte, 1975-1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter bei GEWOS, 1978-1986 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1989 Geschäftsführer der WVN Wohnungsverwaltungsgesellschaft Nord. 1992 Geschäftsführer der HWC Hamburger WohnConsult Gesellschaft für wohnungswirtschaftliche Beratung, seit 1995 Geschäftsführer der GWG Hamburg und seit 1999 Mitglied des Vorstands von SAGA GWG in Hamburg.

Ursula Soyez (*1971), Studium und Magisterabschluss in Regionalwissenschaften Nordamerika, Politische Wissenschaften und neuerer Geschichte an der Universität Bonn, 1993/94 Auslandsstudium in Atlanta, USA. 1997/98 Aufbaustudium International Relations beim Bologna Center der amerikanischen Johns Hopkins University School of Advanced International Studies (SAIS) in Bologna; Italien. 2000-2004 Program Manager im Washingtoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2004-2006 Program Officer beim German Marshall Fund of the United States (GMF) in Washington, seit Anfang 2007 im Berliner Büro des GMF.

Peter Senfleben (*1946), Stadtrat für Jugend und Familie. Diplom-Verwaltungswirt, seit 1999 Bezirksstadtrat für Jugend und Familie, seit 2001 auch stellvertretender Bezirksbürgermeister in Berlin-Reinickendorf, Mitglied der SPD.

Veranstaltungsprogramm

Moderation: Prof. Barbara John

- 10.00 Uhr Begrüßung
Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG
- 10.20 Uhr Grußwort
Nationaler Integrationsplan - Anforderungen an die Stadtentwicklungspolitik
Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- 10.40 Uhr *Stadträumlich orientierte Integrationspolitik*
RA Christoph Kulenkampff, Staatssekretär a.D., Frankfurt am Main
- 11.00 Uhr *Wie wollen wir miteinander wohnen?*
Jörg Franzen, Vorstandsmitglied der GESOBAU AG Berlin
- 11.20 Uhr *Anleitung zum unglücklichen Wohnen (und wie es zu vermeiden ist)*
Prof. Hartmut Häußermann, Humboldt-Universität Berlin

anschließend Fragen und Diskussion
- 12.15 Uhr Mittagspause
- 13.00 Uhr **Markt der Ideen**
Praxisbeispiele: Begegnung verschiedener Gruppen im Sozialraum und Aktivierungsansätze
Treffpunkt der Kulturen, Hannover Mittelfeld
Internationaler Frauentreff Sossenheim, Frankfurt am Main
Nachbarschaftsetage, GESOBAU AG Berlin
Interessenvertretung der Mieter Landsberger Allee175/177, Berlin-Lichtenberg
LEG-Wohnprojekt „Sterntaler“, Wuppertal-Oberbarmen
Pallasseum, Berlin Schöneberg-Nord
HöVi-Kinderstadt, Köln
Community Organizing, Bürgerplattform Berlin-Wedding

Moderation: Christian Stahl, Radio Multikulti
- 14.00 Uhr **Rolle und Aufgaben von Wohnungsunternehmen**

Praxisbeispiel I: Unternehmerische Strategien im Umgang mit sozialer Segregation
Prof. Thomas Dilger, Vorstandsmitglied Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- 14.30 Uhr *Praxisbeispiel II: Wachsende Milieuviefalt – Anforderungen an die Erst- und Bestandsmieter*
Michael Sachs, Vorstandsmitglied SAGA/GWG Hamburg

15.00 Uhr **Crossing Borders**

Community Organizing: Integration als Empowerment

Prof. Dr. Leo J. Penta, Deutsches Institut für Community Organizing (DICO)
der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin

Leben als Deutsche in den USA

Ursula Soyez, German Marshall Fund Berlin

16.00 Uhr Kaffeepause

16.15 Uhr *Podiumsdiskussion*

**Gut miteinander wohnen – die wesentlichen Faktoren aus Sicht von
Wohnungswirtschaft und Kommunalpolitik**

Teilnehmer:

Andreas Germershausen, Stellvertreter des Beauftragten des Berliner Senats
für Integration und Migration

Ayse Özbabacan, Stabsabteilung für Integrationspolitik, Landeshauptstadt
Stuttgart

Michael Sachs, Vorstandsmitglied SAGA/GWG Hamburg

Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

Jörg Franzen, Vorstand GESOBAU AG

Peter Senfleben, Stadtrat für Jugend und Familie, Bezirksamt Reinickendorf

Moderation: Prof. Barbara John

Impressum

Veranstalter der Konferenz:

GESOBAU AG, Berlin

Schader-Stiftung, Darmstadt

Herausgeber der Dokumentation:

GESOBAU AG, Berlin

Schader-Stiftung, Darmstadt

Bearbeitung und Redaktion:

Bettina Breuer

Karen Jeratsch

Juliane Kanitz

Gudrun Kirchhoff

Mirjam Staub

Dezember 2007